



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

23. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

18. Juni 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.45 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenograph: Wolfgang Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

TOP 1 siehe APr 12/612

Vor Eintritt in die Tagesordnung stimmt der Ausschuß auf Vorschlag der Vorsitzenden Hannelore Brüning einer **Änderung der Tagesordnung** zu: Der ursprüngliche Punkt 7 der Tagesordnung wird an die erste Stelle vorgezogen und danach der Nachtragshaushalt beraten; die übrigen Punkte der Tagesordnung werden wegen der fortgeschrittenen Zeit nach der Sommerpause behandelt.

^{*)} öffentlicher Teil siehe APr 12/612

- 2 **Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVOtU)**

1

Vorlage 12/1342

Der Ausschuß nimmt den Entwurf Vorlage 12/1342 einvernehmlich zur Kenntnis; Einwendungen werden seitens der drei Fraktionen nicht erhoben.

- 3 **Nachtragshaushaltsgesetz 1997- Einzelplan 08**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2100

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 12/2100, Einzelplan 08, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, ohne Änderungen anzunehmen.

- 4 **Ergebnisse der China-Reise von Minister Clement**
und

- 5 **Bedeutung der NRW-Bergbautechnik für den Export des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 12/1227

und

6 Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes (Berufskolleggesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1998

und

7 Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in Scientology mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen - Keine Aufträge an Scientology-geprägte Unternehmen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2012

Die Tagesordnungspunkte 4, 5, 6 und 7 werden auf die Zeit nach der Sommerpause vertagt.

Nächste Sitzung: 2. September 1997

Aus der Diskussion

Nach Feststellung der Nichtöffentlichkeit durch **Vorsitzende Hannelore Brüning** setzt der Ausschuß seine Sitzung fort.

Die Vorsitzende weist darauf hin, daß der Ausschuß gebeten worden sei, heute auf jeden Fall sein Votum zu der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes abzugeben, die aber nach der ausgedruckten Tagesordnung erst an letzter Stelle zu behandeln wäre. Wegen der fortgeschrittenen Zeit bitte sie, diesen Tagesordnungspunkt, zu dem es wahrscheinlich keinen Diskussionsbedarf geben werde, an erster Stelle zu behandeln, sich danach mit dem Nachtragshaushalt zu befassen und die weiteren Tagesordnungspunkte auf die Zeit nach der Sommerpause zu vertagen. - Der Ausschuß ist mit diesem Verfahrensvorschlag **einverstanden**.

2 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVOtU)

Vorlage 12/1342

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) informiert den Wirtschaftsausschuß darüber, daß seine Fraktion den Verordnungsentwurf im anschließend tagenden Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung problematisieren werde, weil die Zuständigkeitsverlagerung von den Staatlichen Umweltämtern auf die Kreisbehörden gegebenenfalls eine Kostenverlagerung auf die kommunale Ebene nach sich ziehe; per Landtagsbeschluß seien jedoch Zuständigkeitsänderungen mit der Folge direkter Kostenverlagerungen auf die Gemeinden ausgeschlossen worden.

Die **Vorsitzende** stellt fest, daß seitens der Fraktionen **keine Einwände** gegen den Verordnungsentwurf erhoben werden.

3 Nachtragshaushaltsgesetz 1997 - Einzelplan 08

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2100

Vorsitzende Hannelore Brüning verweist auf Information 12/427, der das Beratungsverfahren zu entnehmen sei, auf das sich die drei Fraktionen verständigt hätten. Aus dem darin enthaltenen Zeitplan ergebe sich, daß die Fachausschüsse in dieser Woche ihre Beratungen aufnehmen und auch abschließen müßten.

Der Wirtschaftsausschuß habe den Einzelplan 08 "Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr" - Seiten 50 bis 56 der Drucksache 12/2100 - im Rahmen der Ausschußzuständigkeit zu beraten.

Für die Beratung des Nachtragshaushalts sei zwischen den Fraktionen vereinbart worden, eine Berichterstattung nach Anlage 3 der Geschäftsordnung nicht vorzusehen. Gleichwohl freue sie sich, Leo Dautzenberg (CDU), Ernst Walsken (SPD) und Alexandra Landsberg (GRÜNE) als Berichterstatter begrüßen zu können, die die Gelegenheit hätten, Fragen an die Landesregierung zu richten.

Der mitberatende Wirtschaftsausschuß habe für seinen Zuständigkeitsbereich dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß eine Beschlußempfehlung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung an die Hand zu geben.

Der guten Ordnung halber, so unterstreicht **Bodo Hombach (SPD)**, gebe er zu Protokoll, daß für die Beratung des Nachtragshaushalts zwischen den Fraktionen ein Zeitplan aufgestellt und im Einverständnis aller drei Fraktionen auf die Berichterstattung nach Anlage 3 der Geschäftsordnung verzichtet worden sei. Aus diesem Grunde hätten die zuständigen Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses die Gelegenheit erhalten, an den Beratungen des Wirtschaftsausschusses teilzunehmen.

Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr Wolfgang Clement erstattet wie folgt Bericht:

Der Ihnen vorliegende Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes dient, wie Sie wissen, in erster Linie dazu, die für 1997 zu erwartenden Steuermindereinnahmen auszugleichen. Die Landesregierung hat sich dazu entschlossen, einen wesentlichen Teil dieser Mindereinnahmen dadurch aufzufangen, daß in den Einzelplänen der Ressorts globale Minderausgaben veranschlagt werden.

Für den Einzelplan 08 beträgt die im Nachtrag veranschlagte globale Minderausgabe, die insgesamt 500 Millionen DM ausmacht, 122,5 Millionen DM. Sie muß im Wirtschafts- und im Verkehrshaushalt eingespart werden.

Der Nachweis über die Erwirtschaftung globaler Minderausgaben wird erst im Rahmen der Haushaltsrechnung geführt. Das gehört zu dem Wesen globaler Minderausgaben und unterscheidet sich von titelscharfen Kürzungen. Sie werden deshalb verstehen, daß ich hier nicht eine titelscharfe Aufteilung der auf den Einzelplan 08 entfallenden globalen Minderausgabe vornehmen kann.

Wenn das Parlament mit dem Nachtragshaushalt auch die globalen Minderausgaben beschließt, räumt es damit den Ressorts im Vergleich zu detaillierten Ansatzkürzungen

ein gewisses Maß an Flexibilität ein, das wir im weiteren Haushaltsvollzug nutzen wollen.

Wir werden sorgfältig prüfen, in welchen Programmbereichen Kürzungen möglich sind und wo sie am ehesten vertretbar erscheinen. Wir werden auch den Bereich gesetzlicher oder vertraglicher Leistungen, die vom Grundsatz her weder haushaltswirtschaftlichen Sperren unterliegen noch für die Erwirtschaftung globaler Minderausgaben in Betracht kommen, sorgfältig beobachten. Sollten sich hier zwangsläufige Minderausgaben ergeben, werden wir den Bereich der freiwilligen Programme und Maßnahmen entlasten.

Ich denke, daran wird deutlich, daß globale Minderausgaben nicht zu einem bestimmten Stichtag statisch umgesetzt werden, sondern daß sie den Möglichkeiten und Erfordernissen des Haushaltsvollzuges entsprechend eingesetzt und kontinuierlich angepaßt werden.

Neben den Maßnahmen zur Deckung der Steuermindereinnahmen berücksichtigt der Nachtragshaushalt Veränderungen im Sachhaushalt, die aufgrund aktueller Entwicklungen notwendig sind. Der Wirtschaftshaushalt ist hiervon nur in geringem Maße im Bereich der Ausgaben für den Ausbildungskonsens betroffen.

Um die geplanten Ausbildungsmaßnahmen vollständig und haushaltsrechtlich korrekt abwickeln zu können, ist bei Kapitel 08 030 Titelgruppe 68 eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 6,45 Millionen DM erforderlich.

Darüber hinaus sollen durch die bei Kapitel 08 030 Titelgruppe 73 vorgesehene Mittelerhöhung um 1 Million DM die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die von den Konsenspartnern verabredete öffentlichkeitswirksame Kampagne "Pro Ausbildung NRW" fortgesetzt werden kann. - So viel zum Grundsätzlichen!

Zum Konkreten würde ich Sie gern darauf hinweisen, daß wir äußerste Schwierigkeiten haben, die globale Minderausgabe zu erbringen, weil wir nur noch sehr begrenzt freie Mittel verfügbar haben, die einer Kürzung offenstehen. Ich muß darauf hinweisen, daß schon eine globale Minderausgabe auf dem Haushalt 08 liegt, die bereits umgesetzt wird.

Vielleicht sind Sie damit einverstanden, wenn ich Ihnen die Bereiche nenne, in denen Kürzungen im Wirtschaftshaushalt möglich sind, das heißt, wo noch verfügbare Mittel vorhanden sind. Ich nenne Ihnen wegen der Kürze der Zeit die Titel, in denen heute noch Mittel oberhalb einer Million DM verfügbar sind, in denen sich also die globale Minderausgabe auswirken wird:

Kredite für KMU	9,8 Millionen DM
zinsverbilligte Refinanzierung von Beteiligungen	4,8 Millionen DM
Meistergründungsprämie	14,24 Millionen DM
Beratungen	5 Millionen DM
Handlungsrahmen "Kohlegebiete"	6 Millionen DM

Strukturwandel	knapp 5 Millionen DM
benachteiligte Jugendliche	7,286 Millionen DM
Förderung der beruflichen Weiterbildung	gut 1 Million DM
Förderung der Berufsausbildung	1,385 Millionen DM
neue Berufsfelder für Frauen	1,55 Millionen DM
Ruhrlandbibliothek	4,3 Millionen DM
- das Projekt werden wir vertagen und in der Finanzierung strecken -	
Filmförderung	knapp 1,5 Millionen DM
REN-Programm	rund 2,3 Millionen DM
REN-Programm "Technik"	knapp 2 Millionen DM
Programm Energiekonzepte/Contracting	2,5 Millionen DM

Das sind die Hauptsektoren oberhalb einer Million DM, in denen Kürzungen möglich sind und auch stattfinden müssen, wenn wir die 122 Millionen DM erreichen wollen. Es kommen noch kleinere hinzu, die aber sicherlich jetzt nicht von so großer Bedeutung sind.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) fragt nach, wieviel Mittel nach gegenwärtigem Stand noch bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben in Kapitel 08 010 zur Verfügung stünden. - **Minister Clement** macht deutlich, daß es bei diesen Mitteln keinerlei Spielraum gebe.

Die weitere Frage von **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** nach dem Gesamtanteil der globalen Minderausgabe an dem Einzelplan 08 beantwortet der **Minister** dahin gehend, daß der Einzelplan 08 insgesamt mit einer globalen Minderausgabe von rund 275 Millionen DM belastet sei, die sich aus den jetzigen 122,5 Millionen DM, aus der originären Belastung in Höhe von 113 Millionen DM und 40 Millionen DM, die im Laufe des Jahres auf den Einzelplan 08 entfallen seien, zusammensetzten. Daraus gehe hervor, daß sich der Einzelplan 08 jetzt in sehr beengten Verhältnissen bewege und daß die Kürzungen in den genannten Bereichen erfolgen müßten.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) bittet um eine Begründung für die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 08 030 Titelgruppe 68 - Zuschüsse zur Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher - und fragt, ob damit für das nächste Jahr an eine Kofinanzierung für die berufsbegleitenden Maßnahmen im Rahmen des Ausbildungskonsenses gedacht sei.

Es gehe dabei, so erwidert der **Minister**, um überbetriebliche Maßnahmen, die, ob im Rahmen des Ausbildungskonsenses oder außerhalb dessen, auf jeden Fall finanziert werden müßten.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Zustandekommen der hohen Gewinne aus der Beteiligung an der Lufthansa; sie sei davon ausgegangen, daß die Lufthansa-Anteile des Landes im Haushaltsjahr 1997 verkauft würden.

Bei den Gewinnen handelt es sich nach den Worten von **Minister Clement** um die inzwischen eingegangene ganz normale Dividende für das letzte Geschäftsjahr. Der Verkauf der Lufthansa-Anteile stehe jetzt an. - **Staatssekretär Bickenbach (MWM-TV)** weist erläuternd darauf hin, daß das Geschäftsjahr der Lufthansa jeweils am 30. Juni ende.

Auf eine entsprechende Bitte des Berichterstatters **Leo Dautzenberg (CDU)** sagt der **Minister** zu, den Ausschußmitgliedern einschließlich der Berichterstatter eine Übersicht über alle im Einzelplan 08 noch verfügbaren Mittel nach Möglichkeit noch in dieser Woche zuzuleiten.

Leo Dautzenberg (CDU) bezieht sich auf die Aussage des Ministers, daß in den genannten Bereichen noch Mittel verfügbar seien. Er hoffe, diese Aussage nicht so verstehen zu müssen, daß in diesen Bereichen keine weitere Finanzierung mehr stattfinden werde; denn immerhin seien Maßnahmen darunter, bei denen eine weitere Finanzierung sinnvoll wäre, weil sie zum Beispiel beschäftigungspolitische Impulse auslösen könnten.

Der **Minister** räumt ein, daß eine weitere Finanzierung in diesen Bereichen sicher sinnvoll wäre, aber - unter dem Vorbehalt, daß er noch keine abschließende Aussage treffen könne - weitestgehend nicht mehr möglich sein werde.

Laurenz Meyer (CDU) spricht ein konkretes Beispiel an und fragt, ob damit also die Zahlung der Meistergründungsprämie für dieses Jahr zu Ende sei.

Der **Minister** erinnert daran, daß die Meistergründungsprämie in Höhe von ursprünglich 29 Millionen DM schon einmal mit einer globalen Minderausgabe von 7 Millionen DM belastet worden sei. Jetzt seien dafür noch 14 Millionen DM verfügbar. Inwieweit diese 14 Millionen DM verfügbar gehalten werden könnten, das könne er im Moment noch nicht übersehen. Es sei allerdings unumgänglich, dann, wenn gekürzt werden müsse, auf jeden Fall dort zu kürzen, wo dies noch möglich sei.

Die Frage von **Bernhard Tenhumberg (CDU)**, ob damit zu rechnen sei, daß die Förderprogramme des Landes angesichts der vorgesehenen Kürzungen ab 1. Juli dieses Jahres eingestellt würden, verneint der **Minister**.

Bei der Auflistung der Bereiche, in denen noch Mittel verfügbar seien, habe der Minister die EU-Förderprogramme nicht genannt, stellt **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** fest. Sie vermute aber, daß auch innerhalb dieser Programme zum Teil noch Gelder verfügbar seien.

Minister Clement macht darauf aufmerksam, daß das Land die Komplementärmittel zur Verfügung stellen müsse, weil sonst die europäischen Mittel, die das Land nutzen wolle, verfielen. Das Land sei froh, zum Beispiel in der regionalen Wirtschaftsförderung die europäischen Mittel zu haben, weil sie die Aufgaben übernähmen, die das Land durch eigene zusätzliche Mittel nicht mehr erfüllen könnte. In diesem Bereich seien ohnehin nur noch minimale Beträge verfügbar.

Die von **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** angesprochenen Mittel der Landesaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Höhe von 69 200 000 DM sind nach Auskunft von **Minister Wolfgang Clement** komplett verbindlich festgelegt.

In den Berichterstattergesprächen habe man festgestellt, so führt **Leo Dautzenberg (CDU)** aus, daß es hinsichtlich der Periodizität des Abflusses der Mittel durchaus Unterschiede gebe, weil die EU-Mittel quotenmäßig zugeteilt würden und nicht stets sofort der komplementäre Landesanteil zur Verfügung gestellt werde. Es interessiere ihn, in welcher Höhe in diesem Jahr EU-Mittel in Anspruch genommen würden, für die in diesem Jahr nicht auch entsprechende Landesmittel kassenwirksam würden. - Der **Minister** antwortet, dies könne man, da es sich um einen laufenden Prozeß handele, so exakt nicht übersehen. In diesem Prozeß werde eingeschätzt, wann Projekte so weit seien, daß die Mittel fließen müßten.

Leo Dautzenberg (CDU) fragt nach, inwieweit momentan Landesmittel in der Kassenwirksamkeit geschont würden, weil das Land aufgrund der Dotierung der EU-Mittel zunächst diese für die gemeinsame Finanzierung in Anspruch nehme.

Der Antwort des **Ministers**, daß dies nicht geschehe, widerspricht **Leo Dautzenberg (CDU)** unter Hinweis auf das, was in den Berichterstattergesprächen bekanntgeworden sei: Die Periodizität der Quotenzuteilungen der EU-Mittel decke sich nicht mit der Jährlichkeit des Landeshaushalts. Insofern könne man durchaus Landesmittel schonen, wenn man für ein Jahr stärker die EU-Mittel für eine Gesamtfinanzierung einsetze. Er fragt, in welcher Höhe das in diesem Jahr der Fall sei.

Dies könne er jetzt nicht übersehen, entgegnet der **Minister**. Er sei sich auch nicht sicher, daß diese Frage überhaupt beantwortet werden könne, werde sich aber um eine Antwort bemühen. Es sei jedoch ausgeschlossen, der zusätzlich von Leo Dautzenberg (CDU) geäußerten Bitte nachzukommen, diese Antwort schon bis zur Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am kommenden Freitag zu liefern. Was sich der Abgeordnete Dautzenberg vorstelle, werde man ohnehin nicht hinbekommen. Er könne aber eine Übersicht darüber erstellen lassen, welche europäischen Projekte es in diesem Jahr gebe, was daraus mit wieviel Landesmitteln komplementär finanziert werden müsse und welche zusätzlichen Landesaufgaben es gebe. Mehr sei nicht möglich.

Laurenz Meyer (CDU) bittet um Auskunft, bei welchen Positionen im letzten Jahr Einsparungen im Rahmen der globalen Minderausgabe vorgenommen worden seien; er sei damit einverstanden, wenn die Antwort auf diese Frage in den nächsten Tagen nachgereicht werde.

Um einschätzen zu können, was bei den einzelnen Haushaltspositionen übrigbleibe, interessiere ihn ferner, wo in diesem Jahr die erste Tranche der globalen Minderausgabe angesetzt worden sei.

Die erste globale Minderausgabe in diesem Jahr hat sich nach den Worten von **Minister Clement** mit Beträgen über einer Millionen DM bei folgenden Positionen niedergeschlagen:

Kredite für KMU	10,5 Millionen
	(ursprünglicher Haushaltsansatz 35 Millionen)
zinsverbilligte Refinanzierung von Beteiligungen	3 Millionen (9 Millionen)
Meistergründungsprämie	7 Millionen (29 Millionen)
Garantien an Bergbauzulieferer	1,76 Millionen (2,5 Millionen)
Beratungen für Existenzgründer	8 Millionen (19,6 Millionen)
Handlungsrahmen "Kohlegebiete"	1,4 Millionen (113,75 Millionen)
Industrieregionen im Strukturwandel	13 Millionen (67,8 Millionen)
Förderung der Berufsausbildung	13,85 Millionen (41 Millionen)
Neue Berufsfelder für Frauen	800 000 (4 Millionen)
Aus- und Fortbildung (Medien)	1,6 Millionen (8,1 Millionen)
TPW	17,3 Millionen (175 Millionen)
TPB	3,8 Millionen (30 Millionen)
REN-Programm	2,1 Millionen (25 Millionen)
REN-Programm "Technologie"	1,8 Millionen (10,3 Millionen)
"Energiekonzepte, Contracting"	2,7 Millionen (6 Millionen)

Der Minister sagt zu, den Ausschußmitgliedern diese Aufstellung in Schriftform zur Verfügung zu stellen.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) geht auf die Komplementärfinanzierung der EU-Mittel und der Bundesmittel durch Landesmittel ein. Ihren Informationen zufolge würden für das nächste Haushaltsjahr Überlegungen angestellt, diese Mittel nicht mehr mit reinen Landesmitteln zu komplementieren, sondern die Kofinanzierung von EU-Projekten aus Bundesmitteln und umgekehrt vorzunehmen.

Sie verbindet damit die Frage, ob auch für das laufende Haushaltsjahr daran gedacht sei, solche Hilfsbrücken zu schlagen, um damit Landesmittel freizumachen und trotzdem die EU-Mittel nicht zu gefährden.

Der **Minister** ist bei Widerspruch durch Alexandra Landsberg (GRÜNE) der Meinung, daß diesen Ausführungen ein grundsätzliches Mißverständnis zugrunde liege. EU-Mittel müßten stets durch Landesmittel komplementiert werden. Diese Mittel seien bisher immer ausdrücklich ausgewiesen worden; sie seien automatisch mit Landesmitteln komplementiert worden. Daneben habe das Land eigene Programme ohne EU-Mittel, sogenannte Landesaufgaben, wahrgenommen.

Der Finanzminister fordere nun - und er, Clement, fürchte, daß dies mit Unterstützung der CDU-Haushaltspolitiker geschehe, wie er nach einer zuvor gestellten Frage von Leo Dautzenberg (CDU) vermute -, daß auch die Mittel für die landeseigenen Programme zur Komplementierung der EU-Programme eingesetzt würden. Der Finanzminister wolle auf diese Weise Mittel sparen. Mit dieser Forderung durchbreche der Finanzminister eine bisher in Nordrhein-Westfalen praktizierte klare Systematik, die es allerdings, wie der Finanzminister geltend mache, in anderen Ländern nicht gebe; dort gebe es keine eigene Komplementierung der europäischen Mittel, sondern dort würden die europäischen Mittel tatsächlich oder angeblich aus den "normalen" Landesmitteln komplementiert.

Aufgrund der Haushaltslage sehe sich der Finanzminister nicht mehr in der Lage, das bisherige klare Verfahren zu erhalten, sondern erwarte, daß die EU-Mittel in Zukunft auch durch die landeseigenen Mittel komplementiert würden. Darüber werde derzeit mit dem Finanzminister diskutiert.

Diese Darstellung bezeichnet **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** als effektiv falsch. Sie sei Mitglied der Arbeitsgruppe, in der sich die grünen Landtagsabgeordneten gemeinsam mit den grünen EU- und Bundestagsabgeordneten Gedanken über die Restrukturierung der europäischen Strukturfonds machten und überlegten, wie die an die EU-Programme angelegten wirtschaftspolitischen Kriterien besser im Sinne grüner Politik gestaltet werden könnten. Dies sei dann möglich, wenn man die EU-Mittel mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe komplementiere.

Es könne sein, daß der Finanzminister in Nordrhein-Westfalen nur erst einmal die Mittel der Landesaufgabe im Blick habe; im Grunde aber müsse im Interesse der haushaltspolitischen Konsolidierung darüber diskutiert werden, ob es nicht sinnvoll sei, auch die GA-Mittel zur Komplementierung der EU-Mittel einzusetzen.

Sie erinnert in diesem Zusammenhang an das aus der Sicht ihrer Fraktion unrühmliche Beispiel der EU-Mittel für den Flughafen Dortmund; dort könnte natürlich auch die Kommune die Gelder komplementieren.

Der **Minister** empfiehlt der Abgeordneten, darüber ein Gespräch mit der Stadt Dortmund zu führen. - Man komme nicht daran vorbei, daß EU-Mittel komplementiert werden müßten. Selbstverständlich könne man Überlegungen anstellen, ob dem Land irgendeine andere Körperschaft diese Verpflichtung abnehme; derartige Überlegungen aber würden mit Sicherheit nicht von Erfolg gekrönt sein. Im übrigen seien auch die GA-Mittel zur Hälfte Landesmittel.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) ist der Meinung, daß die Mittel, die zur Komplementierung der EU-Mittel erforderlich seien, nicht nur originäre Mittel aus dem Landeshaushalt sein müßten, sondern daß dafür auch GA-Mittel, die dem Land vom Bund zur Verfügung gestellt worden seien, eingesetzt werden könnten. Auf diese Weise könnten im Landeshaushalt Einsparungen erzielt werden.

Der **Minister** hält dem entgegen, daß man dafür nur die Landesmittel aus der GA nehmen könnte, womit wiederum auch die Bundesmittel verkürzt würden. - Diese Meinung hält **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** für falsch.

Minister Wolfgang Clement bekräftigt, daß EU-Mittel vom Land komplementiert werden müßten. Von Dortmund werde man dafür keine Mittel erwarten können, von Bonn ebensowenig. - Eine andere Möglichkeit wäre, auf die EU-Mittel ganz zu verzichten, was von anderen Ländern inzwischen getan werde, weil sie meinten, die Mittel in Form von Landesprogrammen gezielter einsetzen zu können. Das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium vertrete hierzu aber eine andere Auffassung.

Bernhard Tenhumberg (CDU) möchte wissen, wie sich die globale Minderausgabe von 122,5 Millionen DM auf den Bereich "Verkehr" und auf den Bereich "Wirtschaft" des Einzelplans 08 verteile.

Staatssekretär Bickenbach (MWM-TV) macht deutlich, daß diese Frage derzeit nicht zu beantworten sei, sondern im einzelnen erst im Haushaltsvollzug. Nach der generellen Aussage des Ministers, daß die von ihm aufgezählten Titel grundsätzlich für Kürzungen zur Verfügung

stunden, fange jetzt erst die Kleinarbeit an: Nun müsse geprüft werden, wo mit möglichst geringen externen Auswirkungen ein Optimum an Einsparungen erwirtschaftet werden könne.

Ernst Walsken (SPD) betont, daß es ihn wundern würde, wenn man Bundesmittel zur Komplementärfinanzierung von EU-Mitteln einsetzen dürfte; denn darin sähe er einen "Taschenspielertrick". Aber selbst wenn dies möglich wäre, würde damit das Gesamtvolumen der Fördermöglichkeiten erheblich absinken. Insofern sei dies kein Einsparpotential, sondern lediglich eine Reduzierung eigener Leistungen, für die man dann auch entsprechend weniger Bundes- und EU-Mittel erhalte.

Auf eine entsprechende Bitte von **Leo Dautzenberg (CDU)** sagt **Staatssekretär Bickenbach (MWMTV)** zu, die Ist-Ausgaben bei Kapitel 08 050 - Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft -, Stand Mitte Juni 1997, bis zur abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am kommenden Freitag nachzuliefern.

Wenn der Wirtschaftsminister schon nicht die 122,5 Millionen DM aus dem jetzigen Nachtragshaushalt auf die Bereiche "Wirtschaft" und "Verkehr" aufteilen könne, dann bitte er um diese Aufgliederung für die vorhergehenden globalen Minderausgaben von rund 153 Millionen DM, erklärt **Fritz Kollorz (CDU)**.

Staatssekretär Bickenbach (MWMTV) erwidert, nach derzeitigem Stand entfielen davon, grob gesprochen, 90 Millionen auf den Bereich Wirtschaft und 60 Millionen auf den Bereich Verkehr.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlußprotokoll.

Tagesordnungspunkte 4 bis 7 siehe Beschlußprotokoll Seite 1.